

Kriegerheimstätten auf Erbpacht in Ungarn.

Weitere ungarische Stimmen zu dem Antrage des Bischofs Dr. Prohaszka.

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

T. M. Budapest, 18. April.

Nach der in der „Reichspost“ unterm 17. d. veröffentlichten ausführlichen Aeußerung des Kardinal-Fürsprimas Dr. Johann Csernoch in Angelegenheit des Kriegerheimstätten-Antrages des Bischofs Dr. Prohaszka liegen nunmehr zwei weitere interessante Erklärungen seitens der maßgebenden Kreise zu dieser Angelegenheit vor. Das erbliche Mitglied des Magnatenhauses Großgrundbesitzer Graf Josef Mailath hat in einem vom ungarischen Landesverband und dem ungarischen Soziologischen Verein veranstalteten Vortrag die Angelegenheit der Ansiedelung der Kriegsinvaliden zum Gegenstande einer längeren Erörterung gemacht. Graf Josef Mailath erklärte, wenn er sich diesbezüglich an die Gesellschaft wende, müsse er an sie die Bitte stellen, daß nur der Boden versprochen soll, der selbst über Grund und Boden verfügt, denn derjenige, der selbst über keinen Boden verfügt und doch solchen verspricht, agitiere bloß für die Bodenverteilung, was in der gegenwärtigen mit Elektrizität saturierten Luft ein sehr gefährliches Lösungswort bedeute. Bei der Lösung dieser Frage müssen Staat und Gesellschaft zusammenwirken, denn sonst könne es geschehen, daß etwa tausend, zweitausend Invalide gut versorgt werden, dagegen die Leerausgegangenen in ihren Hoffnungen und Erwartungen getäuscht und von Neid erfüllt, auf diese Niederlassungen blicken würden. Es sei daher eine allgemeine, große Hilfe notwendig, was nur mit Anspannung aller Kräfte möglich sei.

Die zweite Erklärung liegt von dem ehemaligen Staatssekretär im ungarischen Handelsministerium Geheimen Rat Dr. Josef Szterenyi vor, der erklärte, den Antrag des Bischofs Dr. Prohaszka mit um so größerer Aufmerksamkeit gelesen zu haben, als er unter seiner Amtstätigkeit im Handelsministerium einmal gerade über diese Frage mit dem Bischof eine eingehende Besprechung hatte. Geheimrat Dr. Szterenyi berief sich auf einen von ihm im November v. J. im Freien Lyzeum gehaltenen Vortrag über die Rolle von Staat und Gesellschaft auf dem Gebiete der Invalidenfürsorge und auf seine am 10. Dezember v. J. im Parlament erfolgte Beleuchtung dieser Frage, wo er ausführte, daß man die ungarische nationale Besitzpolitik auf sozialer Grundlage aufbauen müsse. Damals habe er die Idee aufgeworfen, daß man den Modus suchen und finden müsse, wie man in erster Linie den kirchlichen Besitz, jenen des Religionsfonds, ohne jede Verletzung des Eigentumsrechtes mit gesetzlichen Institutionen für die kleinen Landwirte zugänglich machen könne. Seiner Ansicht nach sei es ein nationales Interesse, daß der Kirchenbesitz nicht aufgestückt werde, sondern mit dem System der ewigen Pachtung im Besitze der Kirche bleibe. Eine solche neue Besitzpolitik würde jeden Segen ausströmen und einen

Messerschritt zur landwirtschaftlichen Intensivität bedeuten und auch die bürgerliche Gesellschaft kräftigen, wie dies das Beispiel Deutschlands beweise.

(Uns scheint wichtig, daß nicht die Erörterung so gedrückt werde, als ob es sich bei der ganzen Angelegenheit nur um das Kirchengut handeln solle; es stehen die ungarischen Latifundien überhaupt in Diskussion, auch solche selbstverständlich, die nicht in christlichen Händen sind. Bekanntlich sind 60% des ungarischen Ackerlandes im Besitze oder Pacht von Nichtchristen. Selbstverständlich kann nicht die Rede davon sein, daß für diese die soziale Reform nicht gelte. D. R.)